

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt:
Tageblatt Riesa,
Fennstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weissenhöfchen bestimnte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 136.

Mittwoch, 14. Juni 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Scharfer deutscher Protest in Wien.

Der Leiter der Presse-Abteilung
der österreichischen Gesandtschaft in Berlin ausgewiesen.

* Berlin. Dem deutschen Gesandten in Wien ist auf seine Rückfrage von der österreichischen Regierung bekräftigt worden, daß der Presseattaché bei der deutschen Gesandtschaft, Gahleit, und sein Gehilfe, Cohns, im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in Oesterreich verhaftet worden sind. Der deutsche Gesandte hat daraufhin schriftlich formellen Protest erhoben und sich die weiteren Schritte der deutschen Reichsregierung vorbehalten. Die österreichische Regierung hat erklärt, daß sie die Reichsdeutschen nach ihrer Verhaftung vernachlässigen und sie nach dem dort üblichen Ausdruck „ab-schaffen“, also ausweisen werde. Gegen die Ausweisung ist nach dem bestehenden Recht eine Rekurs-Möglichkeit gegeben, die innerhalb dreier Tage angewendet werden muß, so daß die Ausweisung wahrscheinlich erst nach Ablauf dieser Frist erfolgen wird. Ueber die weiteren deutschen Schritte kann zur Zeit noch nichts gesagt werden.

Der Leiter der Presse-Abteilung der österr. Gesandtschaft in Berlin ausgewiesen.

Berlin. (Zuspruch.) Der Leiter der Presse-Abteilung der österreichischen Gesandtschaft in Berlin Dr. Gemin Wasserberg ist heute als Gegenmaßnahme gegen die Verhaftung des Presseattachés in Wien, Gahleit, aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen worden.

Berlin. (Zuspruch.) Von aukundiger Stelle wird mitgeteilt:

1. Die österreichische Regierung hat sich völkerrechtlich schwer dadurch in Unrecht gesetzt, daß sie die in kurzer Reihe gemachte formale Notifikation über die Inhaftung des Herrn Gahleit an die deutsche Gesandtschaft in Wien einfach beiseite geschoben hat.
2. Sie hat ein noch schwereres Unrecht dadurch begangen, daß sie, während noch die Auseinandersetzung über diese Frage mit der deutschen Regierung schwebt, mit Gewaltmaßnahmen (Hausdurchsuchung und Verhaftung) gegen den deutschen Presseattaché vorgegangen ist.
3. Sie hat die völkerrechtswidrigen Maßnahmen trotz wiederholt schriftlichen Protestes bisher in keiner Weise befristet bereinigt, insbesondere die Verhaftung noch nicht zurückgenommen.
4. Die deutsche Regierung hat unter diesen Umständen sich gezwungen gesehen, von der österreichischen Gesandtschaft zu verlangen, daß ihr Presseattaché sofort das deutsche Reichsgebiet verläßt.

Standrecht in Oesterreich?

Heeresminister Dugoin erklärte in einer Massenversammlung im katholischen Vereinshaus in Wien: In Oesterreich gibt es keine Revolution. Sollte aber eine Revolution dennoch versucht werden, dann würden wir noch zu einem anderen Mittel greifen; es gibt ja noch ein Standrecht. Aber hoffentlich wird es gar nicht so weit kommen. Unsere Gendarmerie und unsere Polizei erfüllen ihre Pflicht und das Bundesheer wird das übrige besorgen.

Die oberste Reichsleitung der NSDAP.

Wien, 14. Juni. Der Führer Adolf Hitler hat eine Verfügung erlassen, nach der folgende bisherige Amtsinhaber der NSDAP, künftighin den Titel „Reichsleiter“ tragen und die oberste Reichsleitung bilden:

- Adolf Hitler, Führer der Politischen Zentralkommission,
- Ernst Röhm, Stadtschreiber der NSDAP,
- Georg Meißner, Reichsführer der SS,
- Franz Xaver Schwarz, Reichspropagandaleiter,
- Philipp Böhler, Reichsgeschäftsführer,
- Walter Buch, Vorsitzender des Reichs-NSDAP,
- Wilhelm Grimm, Vorsitzender der Zweiten Kammer des Reichs-NSDAP,
- Robert Ten, Stadtschreiber der NSDAP,
- H. Walter Darré, Leiter des Agrarpolitischen Amtes,
- Josef Goebbels, Reichspropagandaleiter,
- Dans Franz II., Leiter der Rechts-Abteilung,
- Edo Dietrich, Reichspropagandaleiter,
- Max Amann, Reichsleiter für die Presse,
- Alfred Rosenberg, Leiter des Außenpolitischen Amtes,
- Walther von Helldorf, Reichsjugendführer,
- Karl Fickler, Schriftführer des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins.

Die Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz.

London. Nach einem gestern abend ausgegebenen Communiqué hielt das Büro der Weltwirtschaftskonferenz gestern nachmittag unter dem Vorsitz MacDonalds eine Sitzung ab, in der MacDonald mitteilte, er werde, wenn das Büro zustimme, heute eine Erklärung über den Zoll-waffenstillstand abgeben.

Ueber den weiteren Fortgang der Arbeiten teilte MacDonald mit, es werde vielleicht möglich sein, die allgemeine Aussprache am Donnerstag mittag zu beenden; demzufolge wäre es wünschenswert, Mittwoch abend oder spätestens Donnerstag mittag zwei Ausschüsse zu bilden, von denen sich der eine mit den Wirtschaftfragen, der andere mit den Finanz- und Währungsfragen zu beschäftigen würde. Das Büro willigte ein, daß MacDonald heute seine Ansichten darlege. Schließlich erklärte MacDonald, es wäre vielleicht wünschenswert, der Konferenz den Vorschlag zu machen, daß sie einen Vizepräsidenten ernenne, am besten eine Persönlichkeit von hoher internationaler Stellung, die auf dem Gebiet internationaler Erörterungen Erfahrung besitze.

Eine Botschaft des Internationalen Arbeitsbüros.

London. Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung der Weltwirtschaftskonferenz verlas Sir Atul Chatterjee die Botschaft des Internationalen Arbeitsbüros in Genf, in der die Notwendigkeit einer unverzüglichen Lösung der Arbeitsfrage insbesondere der Arbeitslosenfrage zum Ausdruck gebracht wird. Die Botschaft enthält eine Entschiedenheit, in der die folgenden Aufgaben als die dringendsten bezeichnet werden: Währungsstabilisierung, Verhinderung katastrophaler Preisveränderungen durch internationale Zusammenarbeit, Beseitigung der Handels- und Währungsbeschränkungen, Erhöhung der Kaufkraft des arbeitenden Volkes und Herbeiführung einer angemessenen Lebenshaltung, Verwendung des brachliegenden Kapitals insbesondere für öffentliche Arbeiten. In allen Ländern, so wird im einzelnen ausgeführt, sollen sofort großzügige öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden, die einen wirtschaftlichen Nutzen versprechen. Zwischen den Gläubigerstaaten und den verarmten oder Schuldnerstaaten soll eine Zusammenarbeit zur Inangriffnahme großer Arbeiten in den Schuldnerstaaten stattfinden, damit die letzteren ihren ausländischen Schuldnerpflichtungen besser nachkommen können. Diese Maßnahmen müßten auf internationaler Grundlage erfolgen. Präsident MacDonald bemerkte, daß die Entschiedenheit dem entsprechenden Ausschuss überwiesen werde.

Rede des Reichsaußenministers.

London. In der Nachmittags-Sitzung der Weltwirtschaftskonferenz sprach der Führer der deutschen Delegation, Außenminister Brüning von Neurath, nach Worten des Dankes an den englischen König und an die englische Regierung für die Aufnahme der deutschen Delegation, u. a. aus:

Für die Generalsätze möchte ich den allgemein anerkannten und auch in den Bericht der Experten aufgenommenen volkswirtschaftlichen Grundgedanken betonen, daß internationale Schulden letzten Endes nur durch Waren- und Dienstleistungen abgetragen werden können. Dieser Grundgedanke ist für uns bei der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft den Ausgangspunkt bilden müssen. Nach unserer Auffassung werden die wirtschaftlichen und insbesondere die handelspolitischen Probleme erst dann einer Lösung zugeführt werden können, wenn man sich zuvor über die fundamentalen Grundgedänge der Kredit- und Finanzfragen befriedigend verständigt hat.

Die Welt hat bisher angenommen, daß bei allen diesen Problemen die Interessen der hier vertretenen Staaten nicht gleich liegen.

In der Tat scheinen, wenn wir jedes der Probleme für sich ansehen, die Interessen gegensätzlich zu sein. — Aber diese Konferenz ist der schlagende Beweis dafür, daß es sich nur um scheinbare Gegensätze handelt. Die Industrie kann nicht leben, wenn die Landwirtschaft nicht lebt, und umgekehrt, der Gläubiger kann nicht leben, wenn der Schuldner nicht lebt. Die Goldwährung hat keinen Sinn, wenn die

Freizügigkeit des Goldes nicht gewährleistet ist. Nachdem diese Konferenz der lebendige Ausdruck dieser Einsicht ist, werden wir auch den Mut aufbringen müssen, die sich daraus ergebenden Lösungen durchzuführen.

Freilich werden die Völker und Regierungen sich dazu nur durchringen, wenn das Vertrauen und ein friedliches und verständnisvolles Zusammenleben der Völker wieder hergestellt wird, wenn die großen politischen Aufgaben geregelt werden, die immer noch der Lösung harren. Daß das andere große politische Problem, um dessen Lösung wir seit Jahren ringen, vor dieser Konferenz nicht mehr gelöst werden konnte, war eine herbe Enttäuschung.

Die deutsche Regierung kann von sich lösen, daß sie ihr Teil dazu beigetragen hat, das Vertrauen wieder herzustellen. Selten wohl ist eine Regierungserklärung in der Welt mit gleicher Spannung erwartet worden wie die kürzliche Erklärung des Reichsaußenministers Brüning vor dem deutschen Reichstag. Selten wohl ist eine Regierungserklärung mehr geachtet gewesen als diese, Berufung zu schaffen und der Wiederkehr des Vertrauens die Wege zu ebnen. Der Wert dieser Regierungserklärung kann nicht dadurch gemindert werden, daß gesagt wird, daß die Worte, die wir wollen die Handlungen abwarten. Die deutsche Regierung hat gehandelt. Sie hat ihr volles Teil dazu beigetragen, um die große von Staatsmännern der Welt an der Abwicklungs-Konferenz in Genf einen neuen Impuls zu geben, indem sie den Plan des Herrn MacDonald als Grundlage der künftigen Konvention angenommen hat. Sie hat das getan, obwohl die Erfüllung der Versprechungen, auf die Deutschland einen Anspruch hat, noch nicht sichtbar ist.

Verzeihen wir nicht, daß ohne eine Lösung der großen schwebenden politischen Fragen die Beratungen dieser Konferenz zu keinem befriedigenden Ergebnis führen können.

Nach Neurath sprach der polnische Unterstaatssekretär Adam Ruz: er erklärte u. a., Polen habe in seinen ausländischen Beziehungen den freien Kapitalumlauf und sein stabiles Geld aufrechterhalten. Polen habe den ausländischen Kapitalzurückziehungen keine Hindernisse in den Weg gelegt. Ähnliche Ergebnisse seien durch die weitestgehende Währungsstabilisierung in Danzig erzielt worden. Er unterbreite die Vorschläge der Währungsstabilisierung und der Wiederherstellung des Goldstandards sowie des freien Kapitalumlaufes. Die Wiederherstellung des normalen Preisstandes sei nicht durch künstliche Mittel möglich, sondern nur durch eine natürliche Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse. Die Preisfrage habe eine ganz besondere Bedeutung für die landwirtschaftlichen Länder Mittel- und Osteuropas.

Der italienische Außenminister Marino erklärte, daß seine Vorschläge für ein Abkommen zur allgemeinen Zollherabsetzung auf die Dauer von fünf Jahren vorbereitet habe.

Der bulgarische Ministerpräsident Malinoff unterstrich, daß Bulgarien ein landwirtschaftliches Land mit kleinbäuerlichem Besitz sei und daher besonders von der Preislenkung betroffen wurde. Die bulgarische Erzeugung sei um 50 v. H. gefallen.

Die Konferenz wurde dann auf Mittwoch 10.30 Uhr vertagt.

Private Zusammenkünfte in London.

London. Während die Weltwirtschaftskonferenz ihre öffentlichen Verhandlungen fortsetzt, finden eine Reihe von Zusammenkünften zwischen den verschiedenen Vertretern der Finanz- und den Sachverständigen der Großmächte hinter verschlossenen Türen statt. Diese Beratungen betreffen die Kreditfragen und die Währungsstabilisierung die kurzfristigen und die langfristigen Anleihen Deutschlands.

Es verlautet, daß amerikanische und andere Finanzsachverständige mit dem neugewählten Auswärtigen der britischen Gläubiger langfristiger deutscher Anleihen zusammengekommen sind, um über eine gemeinsame Politik zu verhandeln.